

17.6.2010

Steigende Rohstoffkosten gefährden Konjunktur Der labile Aufschwung auf den Stahlmärkten verträgt keine neuen Belastungen

„Bei aller Freude darüber, dass sich die ersten Monate des Jahres besser entwickelten, als erwartet, wächst die Sorge, dass die neuerlichen Belastungen die Konjunktur dämpfen könnten“, sagte Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, am 16. Juni beim Berliner Stahldialog. Die Rohstahlproduktion in Deutschland werde 2010 im Vergleich zum Vorjahr (32,7 Millionen Tonnen) voraussichtlich um 30 Prozent auf rund 43 Millionen Tonnen steigen. „Von einer Normalisierung sind wir jedoch noch weit entfernt“, so Kerkhoff. Deshalb warnte er die Politik, der Branche gerade in dieser Zeit des labilen Aufschwungs zusätzliche Belastungen aufzubürden.

Kerkhoff zufolge haben sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen in wichtigen Teilbereichen verbessert. So seien die Lagerbestände bei Händlern und Verarbeitern weiterhin auf einem akzeptablen Niveau und die Importe deutlich zurückgegangen. Zudem habe der konjunkturelle Aufschwung bei den Stahlverarbeitern zuletzt an Breite gewonnen: Kamen die positiven Impulse zunächst aus der Automobilindustrie und den Metallwaren, so habe sich zuletzt auch die Auftragslage in den spätzyklischen Branchen wie dem Maschinenbau und den Stahlrohrherstellern sichtbar verbessert. „Die deutschen Kunden der Stahlindustrie profitieren von dem schwachen Euro wie auch der dynamischen globalen Stahlnachfrage in stärkerem Maße, als es in anderen Ländern der EU der Fall ist“, so Kerkhoff. Daher sei auch die Erholung auf dem deutschen Markt stärker ausgeprägt als in der EU insgesamt. Die gegenwärtige positive konjunkturelle Entwicklung werde entscheidend von der Industrie getragen.

Zugleich warnte Kerkhoff davor, aufgrund der zuletzt deutlich verbesserten Kapazitätsauslastung und Auftragslage in der Stahlindustrie voreilig das Ende der Krise auszurufen. Die konjunkturelle Lage sei stattdessen weiterhin labil und die Unsicherheit für das zweite Halbjahr ungewöhnlich groß. Sorge bereite vor allem der Preisschock auf

den Rohstoffmärkten, die verkürzten Vertragslaufzeiten und die verstärkte Orientierung der Kontraktpreise an den Spotmarkt.

„Für die gesamte Wertschöpfungskette bedeuten Steigerungen von rund 90 Prozent bei Eisenerz und 55 Prozent bei Kokskohle im Vergleich zu 2009 eine außergewöhnliche Belastung, zumal weitere Kostenerhöhungen für das kommende Quartal absehbar sind“, so der Verbandspräsident. Dies könnte sich in der zweiten Jahreshälfte auch spürbar auf die Auslastung in der Stahlindustrie auswirken. In der veränderten Prognose sei daher auch unterstellt, dass das gegenwärtig sehr hohe Produktionsniveau im weiteren Jahresverlauf nicht ganz gehalten werden könne.

Kerkhoff sieht die Ursachen für die Rohstoffkostenexplosion in der hohen Konzentration auf Seiten der Bergbauunternehmen wie auch in dem immer größer werdenden Rohstoffhunger insbesondere in China. Die Kostenbasis für die Stahlindustrie in Deutschland werde daher in erheblichem Maße in Asien bestimmt und richte sich nicht mehr alleine nach den Marktbedingungen in Europa. Eine an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientierte Wirtschaftspolitik müsse auch diese Facette der Globalisierung im Blick halten.

Umso unverständlicher ist für Kerkhoff, dass gerade in der jetzigen fragilen Situation neue Belastungen für die energieintensive Industrie geplant sind: „Die Absicht der Bundesregierung, die Entlastung bei der Ökosteuer zu reduzieren, die der Industrie im Gegenzug für eine freiwillige Selbstverpflichtung 1999 gewährt worden war, zeige, dass die schwierige Situation, in der sich die industriellen Wertschöpfungsketten in Deutschland noch immer befinden, bei der Politik nicht wahrgenommen wird.“ Auch bei der Gestaltung des Emissionsrechtehandels in der dritten Handelsperiode ab 2013 bestehe die Gefahr, dass falsche Weichenstellungen eingeschlagen werden. „Die starke industrielle Basis in Deutschland bietet die Chance dafür, dass unsere Volkswirtschaft sich frühzeitiger aus der Krise befreien kann als die meisten anderen Länder in Europa. Dafür braucht sie aber mehr denn je wettbewerbsfähige politische Rahmenbedingungen, die veränderte globale Zusammenhänge berücksichtigen“, sagt Kerkhoff.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 95.000 Mitarbeiter.

Rückfragen

Beate Brüninghaus

Fon + 49 211 6707-115 oder -116 · beate.brueeninghaus@stahl-zentrum.de